

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 9038/39
Telefax: 8 88 946 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger
MdB zum 90. Geburts-
tag von Josef Felder:
Zeuge der Zeitge-
schichte.

Seite 1

Wolf-Michael Caten-
husen MdB zur Aufga-
benstellung für die For-
schungspolitik im ge-
einten Deutschland:
Mittelfristige Perspekti-
ven einer deutschen
Forschungslandschaft
entwickeln.

Seite 2

Michael Müller MdB zur
Notwendigkeit der
Bonner Unterstützung
für die Opfer der Re-
aktorkatastrophe: Hilfe
für die Kinder von
Tschernobyl.

Seite 6

45. Jahrgang / 158

20. August 1990

Zeuge der Zeitgeschichte

Zum 90. Geburtstag von Josef Felder

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD

Am 24. August 1990 feiert Josef Felder, Ehrenvorsitzender der Bayern-SPD, seinen 90. Geburtstag. Für die heutige Generation ist er ein lebendes Geschichtsbuch, ist er doch Zeuge und Zeitgenosse der tragischsten Periode unseres Jahrhunderts.

Felder betrat als Zwanzigjähriger - in der Geburtsstunde der Weimarer Republik - die politische Bühne. Zunächst stemmte er sich als Journalist gegen das drohende Unheil. Er befand sich schließlich unter den 94 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die trotz massiver Bedrohung das Ermächtigungsgesetz Hitlers ablehnten. Josef Felder ist der letzte lebende Zeuge derer, die in dieser denkwürdigen und für das weitere Schicksal Deutschlands so verhängnisvollen Reichstagsitzung am 23. März 1933 Nein zu Hitler sagten.

Die Wahlkreisliste Oberbayern/Schwaben für die Wahl zum 6. November 1931 gibt Auskunft darüber, mit wem es die bayerischen Sozialdemokraten seit dem Jahre 1920 zu tun hatten. Felder kandidierte hinter Wilhelm Hoegner an zweiter Stelle für die südbayerischen Sozialdemokraten. Die NSDAP hatte hier Hitler, Frick, Göring und Epp aufgestellt, die alle in Bayern groß geworden waren.

Der in Augsburg an der Jahrhundertwende geborene Felder erlebte den Zusammenbruch der Monarchie in München. Er nahm am 7. November 1918 an der sozialdemokratischen Kundgebung auf der Theresienwiese teil, von der anschließend Kurt Eisner die Revolution auslöste. Felder schloß sich der Partei Eisners, der USP, an und gründete in Mindelheim eine Ortsgruppe. Bereits ein Jahr später kehrte er zur sozialdemokratischen Mehrheitspartei zurück.

Im Jahre 1924 trat Felder in die Redaktion der sozialdemokratischen "Schwäbischen Volkszeitung" ein und übersiedelte mit seiner Familie nach Augsburg. Er gehörte bald zu den meistgefragten Rednern der SPD in Schwaben. Im Jahre 1929 wurde er in den Augsburger Stadtrat gewählt. Im Alter von 32 Jahren kam er, am 6. November 1932, in den Reichstag. Anfang 1933 wurde er Parteivorsitzender in Augsburg.

Nach der Aberkennung der sozialdemokratischen Reichstagsmandate floh Felder über das Wettersteingebirge nach Österreich, kehrte jedoch

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstalter-Umweg
mit unrecyclingfähigen
Recycling-Papier



einige Monate später illegal zu seiner Familie zurück. Bald darauf wurde er verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wo er über zwei Jahre verbringen mußte.

Den Zusammenbruch erlebte Felder in Oberaudorf. Als früherer Journalist und Nazi-Gegner erhielt er eine Zeitungslizenz für den "Süd-Ostkurier" in Reichenhall, als Herausgeber und Chefredakteur. Im Jahre 1955 stellte er das Blatt ein und übernahm das Amt des Chefredakteurs beim sozialdemokratischen "Vorwärts". Von 1957 bis 1969 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Wie viele Zeitgenossen, die versucht hatten, die Weimarer Demokratie mit aller Kraft noch zu retten, plegte auch Josef Felder zeitlebens der Gedanken, ob man nicht noch mehr hätte wagen müssen. Dieses Grübeln hängt mit der festen Absicht zusammen, die er sich seit dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur zur Lebensaufgabe gemacht hat, eine ähnliche Entwicklung zu verhindern.

Josef Felder hat deshalb, und gerade in den letzten Jahren, in Gesprächen, Diskussionen und Vorträgen vor allem in Schulen, Jugendgruppen, Kirchen und Vereinen der jüngeren Generation ein lebendiges Zeugnis der deutschen Geschichte gegeben. Auch heute noch ist er gerade bei jungen Menschen ein vielgefragter Zeitzeuge. Bei seiner regen Vortragstätigkeit, von der ihn auch sein hohes Alter nicht abhalten kann, hat er gerade auch Jüngeren geschichtliches Wissen und Bewußtsein vermittelt, wie es aus Büchern nicht zu erlernen ist.

Josef Felder repräsentiert, wie kaum ein zweiter, die Geschichte dieses Jahrhunderts. Für uns ist er auch zu einem Symbol der geschichtlichen Kontinuität der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geworden. Menschen wie Josef Felder hat es die Sozialdemokratie zu verdanken, daß sie als einzige Partei dieses Landes zu ihrer eigenen Geschichte stehen kann und nicht, wie andere Parteien, bei jeder Katastrophe ihren Namen wechseln mußte.

Heute lebt kein Minister der damaligen Zeit, kein Mitglied des Parteivorstandes und - außer Josef Felder - kein Reichstagsabgeordneter mehr. Josef Felder gebührt unser Dank für seinen Widerstand, den er geleistet hat und für die vielen Leiden, die er dafür erdulden mußte.

(-/20. August 1990/rs/fr)

Mittelfristige Perspektiven einer deutschen Forschungslandschaft entwickeln

Zur Aufgabenstellung für die Forschungspolitik im geeinten Deutschland

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabwägung des Deutschen Bundestages

Der bundesdeutsche Wissenschaftsrat hat in seinen 12 Empfehlungen vom Juli 1990 ausdrücklich die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung einer modernen Gesellschaft betont und fordert in seinen Empfehlungen zur Forschungs- und Wissenschaftspolitik explizit, die "Investitionen in Wissenschaft und Forschung relativ zu anderen Ausgaben (nicht) zu vernachlässigen". Die wissenschaftliche technische Infrastruktur müsse gerade auf dem Gebiet der DDR unterstützt und in angemessener Weise weiterentwickelt werden aufgrund ihrer zentralen Bedeutung gerade für die ökonomische Entwicklung einer Industriegesellschaft. Die Forschungs- und Technologiepolitik als wichtiger Standortfaktor und entscheidendes Innovationsinstrument hat in der bisherigen Einigungspolitik jedoch nicht die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Bisher liegen keine Konzepte für die Gestaltung einer gesamtdeutschen Forschungslandschaft auf dem Tisch.

II.

Viel zu spät sind von Seiten der Bundesregierung und von Minister Riesenhuber Initiativen ergriffen worden, um die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft der DDR in angemessener Form zu unterstützen. Forderungen der SPD vom Dezember letzten Jahres, 200 Millionen DM an Soforthilfe für die DDR-Forschung bereitzustellen, sind nicht aufgegriffen worden, das Instrument der Globalzuweisung - im Ersten Staatsvertrag vereinbart - hat sich aus forschungspolitischer Sicht als eminente Fehlentscheidung entpuppt, da durch diesen Finanzierungsmodus die Möglichkeit zur Auflage ressortspezifischer Fachprogramme als Unterstützungs-, Integrations- und Restrukturierungsmaßnahmen im Forschungs- und Wissenschaftssektor verstellt wurde. Dabei spitzt sich die Lage der Forschungs- und Technologiepolitik und der dort Beschäftigten in noch dramatischerer Form zu, als dies in den anderen Bereichen ohnehin der Fall ist. Berechnungen des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaften kommen zu dem Ergebnis, daß circa 2/3 aller F.u.E.-Beschäftigten bald ohne Beschäftigung sein werden. Insbesondere auf dem Gebiet der Industrieforschung werden nach den Berechnungen aus Erlangen bis zu 80 Prozent aller Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verlieren. Aber gerade eine regional ausgewogene, leistungsstarke Forschungsinfrastruktur ist für den ökonomischen Strukturwandel in der DDR und mittelfristig als Standortfaktor von entscheidender Bedeutung. Es müssen daher Maßnahmen ergriffen werden, die darauf abgestellt sind, leistungsfähige F.u.E.-Einheiten und das Humankapital in der DDR zu sichern. Die DDR-F.u.E.-Beschäftigten stellen für das geeinte Deutschland eine strategische Ressource dar, der Erhalt weniger Zeit und Geld erfordert als spätere strukturpolitische Maßnahmen und Interventionen.

III.

Innerhalb des Zweiten Staatsvertrages sind Vereinbarungen über den Wissenschafts- und Forschungsbereich vorgesehen. Hier werden also wichtige Weichenstellungen vorgenommen, die für die zukünftige deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft von entscheidender Bedeutung sind. Hier geht es vor allem um Übergangsregelungen für die Akademie der Wissenschaft und um notwendige Initiativen zur Struktur Anpassung. Die politische Aufgabe besteht darin, Integrationskorridore für die DDR-F.u.E.-Potentiale zu schaffen. Vom Zweiten Staatsvertrag und vom Bundeshaushalt müssen entsprechende Signale ausgehen. Der Forschungsminister Riesenhuber muß daher sobald als möglich einen Haushalt vorlegen, aus dem hervorgeht, in welchem Umfang und in welcher Form von Seiten seines Ministeriums entsprechende Unterstützungs- und Restrukturierungsmaßnahmen eingeleitet werden. Gerade die bundesdeutschen Trägerorganisationen brauchen solide finanzielle Orientierungsmaßnahmen, denn nur auf diesem Hintergrund sind von ihnen notwendige Weichenstellungen für ein DDR-Engagement möglich. Dazu sind erhebliche finanzielle Anstrengungen nötig. Der Wissenschaftsrat geht in seinen Empfehlungen für notwendige Maßnahmen der Infrastruktur allein im Hochschulsektor, ohne notwendige bauliche Sanierungsmaßnahmen und die Kosten für den laufenden Betrieb, von 6,5 Milliarden DM bis 1995 aus. Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft im geeinten Deutschland braucht jetzt finanzielle Signale für das kommende Haushaltsjahr und für die mittelfristige Finanzplanung, damit die notwendigen Initiativen, die nicht von heute auf morgen erarbeitet werden können, vorbereitet werden.

IV.

Die Noch-DDR oder aber die neu zu bildenden Länder werden angesichts der sich abzeichnenden ökonomischen und sozialen Entwicklung nicht in der Lage sein, das Humankapital in der DDR auch nur annähernd zu sichern. Was jetzt an F.u.E.-Kapazität in der DDR verloren geht, wird in der Zukunft nur durch einen erheblichen höheren finanziellen Aufwand, durch strukturpolitische Interventionen restrukturierbar sein. Daher sind jetzt Maßnahmen auf den Weg zu bringen, leistungsfähige Potentiale in der DDR zu sichern. Innerhalb des Staatsvertrages und im ersten gemeinsamen Bundeshaushalt sind Eckpunkte für ein F.u.T.-Sofortprogramm zu fixieren.

Eckpunkte eines solchen Sofortprogramms:

- Wir fordern die Einberufung einer deutschen Forschungskommission aus Bund, Ländern, Forschungsträgerorganisationen, Gewerkschaften und unabhängigen Wissenschaftlern, die Vorschläge erarbeiten soll, um die Forschungsstrukturen im geeinten Deutschland inhaltlich, organisatorisch, regional und finanziell einander anzupassen. Mit dem Zweiten Staatsvertrag und dem Beitritt der DDR sind die formalen Grundlagen für eine deutsche Forschungslandschaft gelegt. Die Aufgaben zur Lösung der strukturellen Probleme, zur Sicherung der Forschungsinfrastruktur etc. beginnen dann erst richtig. Dazu sind neue Formen der Politikberatung dringend erforderlich.
 - Innerhalb des Zweiten Staatsvertrages ist die Ausweitung des bundesdeutschen Systems von Forschungsträgerorganisationen festzuschreiben und die Grundfinanzierung der Trägerorganisationen entsprechend der gewachsenen Größe des Bundesgebietes anzupassen. Die Trägerorganisationen antworten jetzt im Bezug auf den Haushalt 1991 klar finanzpolitische Orientierungspunkte, um ihr DDR-Engagement überhaupt solide vorbereiten zu können. Diese Orientierungspunkte gab es bislang nicht, und wenn es sie gab, waren es eher falsche Signale. Im gerade zurückgezogenen Haushalt 1991 waren ganze 20 Millionen DM für die DFG und von fünf Millionen DM für die MPG als zusätzliche Mittel für ihr DDR-Engagement vorgesehen. Dies steht im krassen Gegensatz zu den notwendigen finanziellen Maßnahmen. Allein die DFG geht davon aus, daß ihr Etat um ca. 25 Prozent wachsen müsse, also um ca. 250-300 Millionen DM, um die gewachsenen Aufgaben in einem gesamtdeutschen Wissenschaftssystem erfüllen zu können. Auch der Wissenschaftsrat spricht in seinen Empfehlungen von einer Summe von 100 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln allein für die DFG.
 - Bei der Vergabe von Fördermitteln muß berücksichtigt werden, daß aufgrund der ineffizienten F.u.E.-Politik in einer Kommandowirtschaft auch das Niveau der Forschung in vielen Bereichen beeinträchtigt wurden. Es gibt real existierende Qualitäts- und Kompetenzunterschiede auch zwischen den Forschern. Für einen Übergangszeitraum bis 1995 ist die Forschungsförderung so zu gestalten, daß sie den DDR-Forschern reale Chancengleichheit sichert. Dabei ist an Maßnahmen wie Quotenregeln, etwa in Form von Regionalquoten, zu denken.
 - Die Instrumente der bundesdeutschen Forschungspolitik sind mit Beitritt der DDR in vollem Umfang auf das gesamte Staatsgebiet auszudehnen und entsprechend der Erfordernisse finanziell an die neue Situation anzupassen. Von besonderer Bedeutung sind dabei vor allem Personalkostenzuschüsse bis zu 90 Prozent für F.u.E.-Aktivitäten von klein- und mittelständischen Unternehmen, in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium sind Programme und steuerliche Anreize für technologieinterne Unternehmensgründungen, sowie gezielte Qualifizierungs- und Umprofilierungsmaßnahmen für das Forschungspersonal insbesondere für junge Nachwuchsforscher auf den Weg zu bringen.
 - Zeichnen sich im Bereich der Akademie der Wissenschaft und im Hochschulsektor Übergangsregelungen und Unterstützungsmaßnahmen ab, so sind im Bereich der Industrieforschung, dem quantitativ größten F.u.T.-Sektor in der DDR, bisher noch keine gezielten Initiativen entwickelt worden, obwohl gerade hier großer Handlungsbedarf besteht. Gegenwärtig werden in fast allen Industriekombinaten die F.u.T.-Abteilungen ausgegliedert, da sie in der jetzigen wirtschaftlichen Situation vor allem als Kostenfaktor begriffen werden. Damit droht der Zusammenbruch der gesamten Industrieforschung in der DDR. Damit das Gebiet der Noch-DDR nicht allein zur verlängerten Werkbank bundesdeutscher Unternehmen wird, ist eine leistungsfähige Industrieforschung unverzichtbar. Im Wirtschaftsministerium der DDR liegen bereits jetzt 700 Anträge für Industrieforschungsprojekte vor, für die finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Im bundesdeutschen Wirtschaftsministerium existieren Überlegungen, 350 Millionen DM für die Industrieforschung in der DDR zur Verfügung zu stellen.
- Diese Maßnahmen sind jedoch unzureichend, um relevante Teile der Industrieforschung zu sichern. Wir fordern daher einen Fond für industrielle Forschung und Entwicklung mit einer Laufzeit bis 1995 in einer Höhe von einer Milliarde DM als Darlehensfond aus Mitteln der Strukturpassungsmaßnahmen der Treuhänder. Eine leistungsfähige Industrieforschung stellt ein wichtiges Element für eine Politik des aktiven Strukturwandels, die wesentlich dazu beitragen kann, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und ganzer Regionen zu verbessern, und stellen insofern eine unverzichtbare Zukunftsinvestition dar.

- Es sind entschiedene Maßnahmen zum Aufbau von landesspezifischen F.u.E.-Einrichtungen einzuleiten. In der DDR gibt es eine Reihe regionaler Probleme, wie das gigantische Problem industrieller Altlasten, insbesondere in südlichen Regionen, für deren Lösung Konzeptionen in den Regionen entwickelt werden müssen. Hierzu können landesspezifische Forschungseinheiten einen wichtigen Beitrag leisten. Insgesamt muß eine länderspezifische Forschungsinfrastruktur aufgebaut werden. Dazu sind in einem Übergangszeitraum bis 1995 vom Bund Sonderfinanzierungskonditionen beim Aufbau von landesspezifischen Forschungseinrichtungen und mischfinanzierten Forschungsinstituten zu gewährleisten.
- Minister Riesenhuber hat in dieser Woche die geplanten Regelungen im Bezug auf die Akademie der Wissenschaft in der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sind eine Bestandssicherung der Akademie der Wissenschaft bis Ende 1991, die Evakuierung der Institute in diesem Zeitraum durch den Wissenschaftsrat und entsprechende Eingliederungsvorschläge für die AdW-Institute vorgesehen. Diese Maßnahmen sind im Grundsatz zu begrüßen und ein Erfolg von DDR-Forschungsminister Terpe.

Die Institute sollen dann jedoch nach der Erklärung Riesenhubers sitzlandbezogen in die neuen Bundesländer integriert werden. Dies bedeutet, der Bund will die anstehenden Kosten für die Akademie der Wissenschaften auf die neuen Länder, deren finanzielle Situation bislang niemand seriös beurteilen kann, abwälzen und sich damit aus der politischen Verantwortung für die weitere Entwicklung der AdW stellen. Konsequenz einer solchen Entscheidung wäre die Auflösung der Institute, da die Länder wohl kaum und wenn nur im begrenzten Umfang die Finanzierung gewährleisten können. Das Land Berlin hat daher gegen diese Regelung Widerspruch eingelegt, weil Berlin in besonderem Maße durch die Konzentration von Akademie-Einrichtungen betroffen ist und nicht in der Lage ist, die finanziellen Lasten zu tragen. Der Bund kann und darf sich nicht aus seiner finanziellen Verantwortung stellen. Es müssen Lösungen unter Beteiligung des Bundes innerhalb von Mischfinanzierungen getroffen werden. Alle anderen Lösungen gehen ansonsten zu Lasten der Länder und zu Lasten der Forschungslandschaft in der DDR. Mit seriöser Politik hat ein solches Vorgehen wenig zu tun.

V.

Die Gestaltung einer gesamtdeutschen Forschungslandschaft erfordert ein möglichst differenziertes und finanziell vernünftig ausgestattetes Förderinstrumentarium, um möglichst breite Integrationspfade für die DDR-Forschung zu entwickeln. Die ersten Weichenstellungen müssen im Hinblick auf den ersten gesamtdeutschen Haushalt bereits jetzt vorgenommen werden. Wir fordern daher Minister Riesenhuber auf, seine Vorstellungen sobald wie möglich dem ersten gesamtdeutschen Parlament gegenüber zu erläutern. Mit der Minimalbeteiligung des Parlaments am Prozeß der deutschen Einheit muß es endlich ein Ende haben und eine frühzeitige Diskussion über notwendige nächste Schritte und mittelfristige Perspektiven einer deutschen Forschungslandschaft beginnen.

(-/20.8.1990/rs/bgy)

Hilfe für die Kinder von Tschernobyl
Zur Notwendigkeit der Bonner Unterstützung für die Opfer der Reaktorkatastrophe

Von Michael Müller MdB
**Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-
Bundestagsfraktion**

Durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 sind außer der unmittelbaren Umgebung vor allem große Teile von Belorußland hochgradig radioaktiv verseucht worden. Mehr als zwei Millionen Menschen sind nunmehr schon über vier Jahre einer hohen Dosis lebensgefährlicher Strahlung ausgesetzt, so daß im Parlament der Republik bereits von der Gefahr eines 'nuklearen Völkermordes' gesprochen wird. Besonders betroffen sind die rund 500.000 Kinder in den verstrahlten Gebieten. Eine notwendige Evakuierung ist bis heute nicht erfolgt. Kirchen, gesellschaftliche Gruppen und Wissenschaftler rufen in der Zwischenzeit die Weltöffentlichkeit um Hilfe an.

Nachdem die sowjetische Zentralregierung das wahre Ausmaß des atomaren Feuers von Tschernobyl verheimlicht hat, kommen die Tatsachen nunmehr, insbesondere durch die Arbeit der belorussischen Bürgerbewegung an das Licht der Öffentlichkeit. Dies ist vor allem das Verdienst von Gennadi und Irina Gruschewoi, die die treibenden Kräfte des Bürgerkomitees 'Die Kinder von Tschernobyl' sind. Er ist der Vorsitzende der Organisation und zugleich Volksdeputierter im Obersten Republikswjet. Sie organisiert die Auslandskontakte und arbeitet als Journalistin.

Das Ehepaar Gruschewoi hält sich zur Zeit in der Bundesrepublik auf und informiert über die Lage der Kinder in den verseuchten Gebieten: In vielen Bereichen ist den Kindern ein Aufenthalt in der natürlichen Umgebung verboten, sie werden morgens mit Bussen von den Wohnungen zur Schule abgeholt und abends wieder zurücktransportiert. Die Kinder sind schlecht ernährt, es fehlt an gesunder Nahrung. Chronische Krankheiten nehmen in einem beängstigenden Umfang zu, vor allem Lungenkrankungen, Krebs und Munddefekte ('Tschernobyl-AIDS' genannt). Die Zahl der Mißbildungen steigt rasch an. Die ärztliche Versorgung ist nur mangelhaft, notwendige Infrastruktur fehlt. Die Bewohner der Gebiete haben ein Anrecht auf einen zweiwöchigen Jahresurlaub in anderen Landesteilen, aber es fehlt an Ferienplätzen.

Tschernobyl geht uns all an. Es ist das Symbol und Warnsignal für den technologischen Altmachtsglauben der Moderne, der noch immer als vernachlässigbares 'Restrisiko' bezeichnet wird.

Wir müssen vor allem den Kindern helfen. Es ist traurig, daß dieses Jahr nur circa 500 Ferienplätze für Kinder aus verseuchten Gebieten zur Verfügung gestanden haben, während allein in der DDR rund 3.000 Ferien machen konnten. Es ist notwendig, daß zukünftig weitaus mehr Ferienplätze zur Verfügung gestellt werden. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister setzt sich zum Beispiel dafür ein, daß nächstes Jahr mindestens 100 Kinder von der Stadt eingeladen werden.

Auch die Bundesregierung sollte handeln:

- In Zusammenarbeit mit den Sozialorganisationen ein Ferienprogramm anbieten,
- für ärztliche Betreuung medizinische Ausrüstung und Kleinbusse zur Verfügung stellen,
- Partnerschaften mit einzelnen Krankenhäusern organisieren,
- beim Bau von Ferien- und Erholungsheimen helfen.

Und: Die Wahrheit über Tschernobyl darf kein 'Staatsgeheimnis' bleiben, die Weltöffentlichkeit muß über alle Fakten informiert werden. Auch dafür muß sich die internationale Staatengemeinschaft einsetzen.

(-/20. August 1990/rs/tr)
